20.2.2022 - tagesspiegel.de

Widerstand im Erzbistum gegen Woelki

Kardinal Woelkis Auszeit nach Missbrauchsuntersuchungen geht zu Ende. Eine Mehrheit der Katholiken in Köln ist gegen seine Rückkehr.
Benjamin Lassiwe

...

Auch die kirchenkritische Laienorganisation „Wir sind Kirche“ wurde am Freitag deutlich: „Wenn überhaupt, dann wäre eine Rückkehr nur nach einer Anhörung der Gremien und einer Befragung der Katholikinnen und Katholiken im Erzbistum denkbar“, hieß es in einer Pressemitteilung.

„Denn sonst werden die Kirchenaustrittszahlen weiter ansteigen, weil die Menschen dies als einzige Möglichkeit des Protestes sehen.“

Zudem sei die Landesregierung von NRW anzuhören, denn gemäß dem Konkordat habe Woelki dem Land einen Treueeid geleistet. Nun sei zu prüfen, ob dieser Eid nicht vielfach durch das erzbischöfliche Agieren im Rahmen der Missbrauchskatastrophe gebrochen wurde.

„Nicht zuletzt ist die Staatsanwaltschaft gefordert, das Verhalten Verantwortlicher in der Kölner Kirchenleitung in Bezug auf unterlassene Hilfeleistung zur Vermeidung weiterer Opfer wie jüngst im Fall des Pfarrers U. grundsätzlich zu untersuchen.“

https://www.tagesspiegel.de/politik/koelner-kardinal-in-auszeit-widerstand-im-erzbistum-gegen-woelki/28087650.html

...

Auch die kirchenkritische Laienorganisation „Wir sind Kirche“ wurde am Freitag deutlich: „Wenn überhaupt, dann wäre eine Rückkehr nur nach einer Anhörung der Gremien und einer Befragung der Katholikinnen und Katholiken im Erzbistum denkbar“, hieß es in einer Pressemitteilung.

„Denn sonst werden die Kirchenaustrittszahlen weiter ansteigen, weil die Menschen dies als einzige Möglichkeit des Protestes sehen.“

Zudem sei die Landesregierung von NRW anzuhören, denn gemäß dem Konkordat habe Woelki dem Land einen Treueeid geleistet. Nun sei zu prüfen, ob dieser Eid nicht vielfach durch das erzbischöfliche Agieren im Rahmen der Missbrauchskatastrophe gebrochen wurde.

„Nicht zuletzt ist die Staatsanwaltschaft gefordert, das Verhalten Verantwortlicher in der Kölner Kirchenleitung in Bezug auf unterlassene Hilfeleistung zur Vermeidung weiterer Opfer wie jüngst im Fall des Pfarrers U. grundsätzlich zu untersuchen.“

Zuletzt geändert am 22.02.2022